Ä80 Bunt und stark: Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller*in: AG Queergrün
Beschlussdatum: 28.09.2018

Text

Von Zeile 2003 bis 2006:
~~Gleichstellung LSBTTIQ*-Menschen~~

~~Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender, Intersexuelle- und queere Menschen (LSBTTIQ*) sind immer noch Anfeindungen, Vorurteilen und Gewalt ausgesetzt. Fast die Hälfte (48 Prozent) aller LSBTTIQ*-Menschen in Brandenburg hat innerhalb der vergangenen fünf Jahre Diskriminierung erfahren. Jede sechste befragte Person erlebte in dieser Zeitspanne Gewalt oder ein Verbrechen aufgrund der sexuellen Orientierung oder der geschlechtlichen Identität. Die Dunkelziffer ist hoch: Das Selbstmordrisiko junger LSBTTIQ* ist deutlich erhöht. Auch erwachsene LSBTTIQ*-Menschen erfahren zahlreiche Nachteile, zum Beispiel im Beruf oder in der medizinischen Versorgung.~~

Queeres Brandenburg

Wir wollen, dass lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, trans*, inter* und queere Menschen (LSBTTIQ*) frei von Anfeindungen, Vorurteilen und Gewalt in Brandenburg leben können.Nach einer im Jahr 2017 durchgeführten Online-Befragung (Ergebnisbericht der Online-Umfrage zur Lebenssituation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans*, Inter* und queeren Menschen (LSBTTIQ*) in Brandenburg vom 26.02.2018, Land Brandenburg, Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie https://masgf.brandenburg.de/media_fast/4055/CCC_20171128_AP_BB_Studienbericht_Queeres%20BB_final_neu.pdf) hat fast die Hälfte (48 Prozent) aller LSBTTIQ* in Brandenburg in den vergangenen fünf Jahre Diskriminierung erfahren. Jede sechste befragte Person erlebte in dieser Zeitspanne Gewalt oder ein Verbrechen aufgrund der sexuellen oder geschlechtlichen Identität.Um für Betroffene mögliche Hemmnisse vor einer Kontaktaufnahme mit der Brandenburger Polizei oder der Staatsanwaltschaft abzubauen, wollen wir dort Stellen für hauptamtliche Ansprechpartner*innen für die Belange der LSBTTIQ* schaffen. Wir fordern eine systematische Erfassung homo- und trans*feindlicher Straftaten wie Hasskriminalität und eine entsprechende Präventionsarbeit bei Polizei, Justiz und Sozialarbeit.

Die bestehenden Beratungsstrukturen für Opfer trans*- und homophober Gewalt müssen gestärkt und dringend landesweit ausgebaut werden.

Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg werden sich dafür einsetzen, dass die in Brandenburg eingerichtete Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) gestärkt wird. Diese soll mit mindestens einer bzw. einem hauptamtlichen Landesantidiskriminierungsbeauftragten mit entsprechender Ausstattung besetzt werden.

Das Land hat mit dem Aktionsplan „Queeres Brandenburg“ einen ersten Schritt gegen Diskriminierung und für ~~die Gleichstellung~~gleiche Rechte von LSBTTIQ*~~-Menschen~~ gemacht. Der Aktionsplan ~~gleicht~~stellt bisher allerdings lediglich ~~einer einfachen Zustandsbeschreibung~~eine einfache Zustandsbeschreibung dar. Wir wollen den Aktionsplan „Queeres Brandenburg“ in Bezug auf Maßnahmen und Kosten konkretisieren und ~~auf~~ seine schnelle Umsetzung ~~achten~~angehen. Diese soll anhand eines regelmäßigen Berichts überprüft werden. ~~Für~~Wir wollen, dass vom Land Brandenburg für die gesamte ~~brandenburgische~~ Verwaltung ~~wollen wir~~ eine Handreichung für den Umgang mit LSBTTIQ*-Menschen ~~erstellen~~entwickelt wird und ~~Mitarbeitende~~Beschäftigte entsprechend ~~schulen~~geschult werden.

Die gesundheitliche und soziale Situation der LSBTTIQ* muss deutlich verbessert werden. Ein erhöhtes Selbstmordrisiko, gerade unter Jugendlichen, ist leider traurige Realität, ebenso wie psychische Erkrankungen wie Depressionen oder Sucht. Die Schulsozialarbeit wollen wir stärken und ~~das Projekt „Schule unterm Regenbogen“ (Antidiskriminierungsworkshops an Schulen~~Beratungs- und ~~für Jugendeinrichtungen)~~Begleitungsprojekte, die sich an LSBTTIQ* richten, verlässlich und dauerhaft fördern. ~~Auf die Wahrung~~Queere Jugendzentren sollen in der ~~Rechte intersexueller Neugeborener~~Phase des Coming Outs nachhaltig und ~~Kleinkinder~~ wirkungsvoll unterstützen. Pseudotherapien zur „Heilung“ von Jugendlichen von Homosexualität müssen verboten werden, da sie eine erhebliche Gesundheitsgefährdung darstellen.

Das jetzige Transsexuellengesetz ist ~~besonders~~eine einzige Menschenrechtsverletzung, denn es zwingt Menschen, sich als psychisch krank diagnostizieren zu ~~achten~~lassen, um ihr Geschlecht ihrer Identität anzupassen zu können. ~~(Schlüsselprojekt Konsequent Gewalt bekämpfen)~~Wir fordern eine neue Gesetzgebung, die sich konkret an den Bedürfnissen der Trans*-Menschen ausrichtet. Dafür und für die Selbstbestimmung intersexueller Menschen über ihren Körper werden wir uns über den Bundesrat einsetzen.

Gleichermaßen wollen wir die Situation älterer LSBTTIQ* in den Blick nehmen und maßgeblich verbessern. Diversity-Kompetenz muss Schlüsselkompetenz werden, gerade auch im Bereich der Pflege.

Der von unserer Landtagsfraktion eingebrachte Entwurf für ein Landesantidiskriminierungsgesetz wurde bisher von Teilen der SPD abgelehnt und konnte daher noch keine parlamentarische Mehrheit finden. Sofern es Gespräche über eine grüne Regierungsbeteiligung geben sollte, werden wir unsere Forderung nach einem Landesantidiskriminierungsgesetz auf jeden Fall zum Thema machen.

Der Schutz vor Diskriminierung muss auch auf Bundesebene vorangetrieben werden. Artikel 3 des Grundgesetzes muss um die Merkmale der sexuellen und geschlechtlichen Identität ergänzt werden. Bündnis 90 / Die Grünen Brandenburg begrüßen daher die entsprechende Bundesratsinitiative der Länder Berlin, Rheinland-Pfalz und Brandenburg.Wir fordern, dass die Entschädigungsregelungen für die Opfer der staatlichen Homosexuellenverfolgung zwischen 1945 und 1994 ergänzt werden müssen, um einen Fonds für diejenigen, die wegen eines Ermittlungs- und Strafverfahrens Schaden an Körper, Gesundheit, Freiheit, Eigentum, Vermögen in ihrem beruflichen oder privaten Leben erlitten haben. Die jahrelange Verfolgung, Diskriminierung und gesellschaftliche Ausgrenzung von LSBTTIQ* muss wissenschaftlich aufgearbeitet werden. Wir begrüßen hierzu die Bundesratsinitiative des Landes Berlin.

Geflüchteten, die in ihrer Heimat wegen ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität verfolgt werden, wollen wir in Brandenburg ein Zuhause bieten und dafür die entsprechenden Richtlinien zur Aufnahme von Asylsuchenden modifizieren. In bestehenden Unterkünften und in etwaigen Notfall- bzw. Übergangswohnungen wollen wir Schutzräume für LSBTTIQ* schaffen.

Wir lehnen es strikt ab, Staaten als sogenannte „sichere Herkunftsländer“ zu deklarieren, in denen LSBTTIQ* Gefahr an Leib und Leben droht, wie es kürzlich für die Maghreb- Länder Algerien, Marokko und Tunesien durch die Bundesregierung beschlossen wurde.

~~Der von unserer Fraktion eingebrachte Entwurf für ein Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) scheiterte bisher am Widerstand der SPD. Wir werden das Ziel weiterhin energisch verfolgen. Wir wollen eine*n Landesdiskriminierungsbeauftragte*n einführen und bei der Brandenburgischen Polizei sowie bei der Justiz je eine hauptamtliche Anlaufstelle für LGBTTIQ* einrichten~~

Begründung

Der Absatz sollte positiver formuliert werden. Statt den Status quo zu beschreiben, sollten wir unsere queerpolitischen Ziele in den Vordergrund stellen. Die Ablehnung des Transsexuellengesetzes, unsere grüne Forderung nach einer Ergänzung von Art. 3, die Forderung nach einer Ergänzung der Entschädigungsregelung für die Opfer der staatlichen Homosexuellenverfolgung dürfen hier keinesfalls fehlen.